



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 22/20 • 16.07.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

heute und morgen findet eine Sondertagung des Europäischen Rates mit physischer Anwesenheit in Brüssel statt.

Auf der Agenda der Staats- und Regierungschefs steht die Erörterung des Aufbauplans zur Bewältigung der COVID-19-Krise und des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR).

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, hat seinen Vorschlag für den MFR und das Aufbaupaket am 10. Juli vorgestellt.

Der Umfang des MFR beträgt nach diesem Vorschlag 1.074 Milliarden Euro und beruht weitgehend auf dem Vorschlag vom Februar, der zwei Jahre Beratungen zwischen den Mitgliedstaaten widerspiegelte.

Bezüglich des Aufbaufonds würde die Kommission im Wege eines Eigenmittelbeschlusses ermächtigt, Mittel in Höhe von bis zu 750 Milliarden € aufzunehmen. Diese Mittel könnten dann für Back-to-Back-Darlehen und für Ausgaben im Rahmen der MFR-Programme verwendet werden.

Um eine Überlastung von Mitgliedstaaten mit hohen Schulden zu vermeiden, sieht der Vorschlag vor, das Gleichgewicht zwischen Darlehen, Garantien und Finanzhilfen zu wahren. Es soll sichergestellt werden, dass das Geld in die am schwersten von der Krise betroffenen Länder und Sektoren fließt: 70 % der Aufbau- und Resilienzfazilität würden in den Jahren 2021 und 2022 gemäß den Zuweisungskriterien der Kommission gebunden. 30 % würden 2023 gebunden. Der Gesamtbetrag sollte bis 2026 ausgezahlt werden. Rückzahlungen würden 2026 beginnen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Mit besten Grüßen
Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der
Europäischen Union

Vertretung bei der
Europäischen Union

Vertretung bei der
Europäischen Union



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Faire und einfache Besteuerung: Kommission schlägt neues Maßnahmenpaket als Beitrag zum Aufschwung und Wachstum in Europa vor	
• Coronavirus: Europäische Kommission stärkt Vorsorge	
• Staatliche Beihilfen: Kommission empfiehlt, Unternehmen mit Verbindungen zu Steueroasen keine finanzielle Unterstützung zu gewähren	
• Rat nimmt befristete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Europäischen Bürgerinitiative an	
• Parlament will Entwicklung von COVID-19-Impfstoffen beschleunigen	
• Parlament will eine Europäische Gesundheitsunion	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	10
• Umfrage: Für die Bewältigung der Krise braucht die EU mehr Geld	
• EU-Justizbarometer 2020: Wirksamkeit und Zugänglichkeit der Justizsysteme der	
• Trotz Corona: Internationale Jugendangebote im Spätsommer und Herbst	
• 24 neue Europäische Hochschulen verstärken den europäischen Bildungsraum	
<u>Was, wann, wo</u>	13
• Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Nächste Gewinner stehen fest	
• Newsroom Europa: Jugendmedienprojekt zur Ratspräsidentschaft	
• Die neue DelFin-Toolbox ist online	
• Konsultation: Schutz der Ozonschicht – Überprüfung der EU-Vorschriften	
<u>Ausschreibungen</u>	16
• Zuschüsse für Medienprojekte	
• Stellenausschreibung Vorsitzende (m/w) in der Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA)	
• Stellenausschreibung Exekutivdirektors (m/w) der Europäische Fischereiaufsichtsagentur (EFCA)	
<u>Kontaktbörse</u>	18
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	21
• Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	23
<u>Impressum</u>	24



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Faire und einfache Besteuerung: Kommission schlägt neues Maßnahmenpaket als Beitrag zum Aufschwung und Wachstum in Europa vor

Die Europäische Kommission hat am 15. Juli ein ehrgeiziges neues Steuerpaket angenommen, um sicherzustellen, dass die EU-Steuerpolitik den wirtschaftlichen Aufschwung und das langfristige Wachstum Europas unterstützt. Das Paket basiert auf den beiden Säulen Fairness und Einfachheit. Eine faire Besteuerung bleibt für die Europäische Kommission als Mittel zum Schutz der öffentlichen Einnahmen, die kurzfristig und langfristig eine wichtige Rolle für den wirtschaftlichen Aufschwung der EU spielen wird, oberste Priorität. Mit dem heutigen Paket soll die Steuergerechtigkeit gestärkt werden, indem der Steuermisbrauch verstärkt bekämpft, der unlautere Steuerwettbewerb eingedämmt und die Steuertransparenz erhöht wird. Gleichzeitig konzentriert sie sich auf die Vereinfachung der Steuervorschriften und -verfahren, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen in der gesamten EU zu verbessern. Dazu gehört auch die Beseitigung steuerlicher Hindernisse und Verwaltungslasten für die Steuerzahler in vielen Sektoren, damit Unternehmen im Binnenmarkt leichter gedeihen und wachsen können.

Das Steuerpaket besteht aus drei getrennten, aber miteinander verbundenen Initiativen:

- Der Steueraktionsplan enthält 25 verschiedene Maßnahmen, mit denen die Besteuerung in den kommenden Jahren einfacher, gerechter und besser auf die moderne Wirtschaft abgestimmt werden soll.
- Mit dem Vorschlag zur Verwaltungszusammenarbeit (DAC 7) werden die Steuertransparenzvorschriften der EU auf digitale Plattformen ausgeweitet, so dass auch diejenigen, die durch den Verkauf von Gütern oder Dienstleistungen auf Plattformen Geld verdienen, ihren gerechten Anteil an der Steuer zahlen.
- Die Mitteilung über verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich konzentriert sich auf die Förderung einer fairen Besteuerung und die Bekämpfung des unlauteren Steuerwettbewerbs in der EU und auf internationaler Ebene. Zu diesem Zweck schlägt die Kommission eine Reform des Verhaltenskodex vor, mit dem der Steuerwettbewerb angegangen und schädliche Steuerpraktiken in der EU angegangen werden.

Dieses Paket ist der erste Teil einer umfassenden und ehrgeizigen EU-Steueragenda für die kommenden Jahre. Die Kommission wird auch an einem neuen Ansatz für die Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert arbeiten, um die Herausforderungen der digitalen Wirtschaft anzugehen und sicherzustellen, dass alle multinationalen Unternehmen ihren gerechten Anteil zahlen. • *fs Übersetzung Quelle: PM KOM*

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Coronavirus: Europäische Kommission stärkt Vorsorge

Die Europäische Kommission hat am 15. Juli [kurzfristige und sofort in Angriff zu nehmende Vorsorgemaßnahmen](#) der EU im Gesundheitsbereich im Hinblick auf künftige COVID-19-Ausbrüche vorlegt. Die Kommission war von Beginn an vorderster Front mit der Koordinierung von Informationsaustausch und grenzüberschreitenden Aktionen und Maßnahmen im Gesundheitsbereich befasst.



© Europäische Kommission

Damit die Ausbreitung des Virus eingedämmt und weitere strenge Maßnahmen, wie etwa Lockdowns, vermieden werden können, sind eine nicht nachlassende Wachsamkeit und eine rasche Reaktion der Kommission und der Mitgliedstaaten geboten.

In der Mitteilung wird eine Reihe vorrangiger Aktionen für nationale Behörden, Kommission und EU-Agenturen dargelegt:

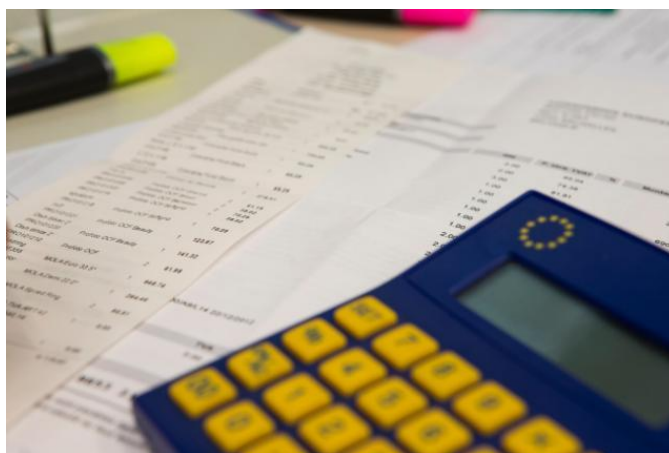
- Erhöhung von Testabdeckung, Verstärkung von Kontaktnachverfolgung und Überwachung durch öffentliche Gesundheitseinrichtungen zur Identifizierung von Clustern und anschließenden Eindämmung der Ausbrüche.
- Sicherstellen einer funktionierenden Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung, Arzneimitteln und Medizinprodukten.
- Aufrechterhalten von rasch nutzbaren Kapazitätspuffern im Gesundheitswesen, ohne andere Bereiche der Gesundheitsversorgung zu vernachlässigen.
- Bereitstellen gezielter und örtlich begrenzter nichtpharmazeutischer Maßnahmen auf der Grundlage von Forschungsarbeiten und Evidenzdaten sowie zeitnaher Informationsaustausch über die Wirksamkeit wiedereingeführter Maßnahmen.
- Unterstützen schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen wie älterer Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und marginalisierter Personengruppen durch den Austausch bewährter Verfahren für Testung, Versorgung und Behandlung, einschließlich psychologischer und psychosozialer Unterstützung.
- Verringern der Belastung durch die saisonale Grippe, um zusätzlichen Druck auf die bereits stark beanspruchten Gesundheitssysteme zu vermeiden, durch eine höhere Impfquote und andere Mittel wie das Gewährleisten zusätzlicher nationaler Beschaffungsverfahren für Grippeimpfstoffe. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Staatliche Beihilfen: Kommission empfiehlt, Unternehmen mit Verbindungen zu Steueroasen keine finanzielle Unterstützung zu gewähren

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten am 14. Juli empfohlen, Unternehmen mit Verbindungen zu Ländern bzw. Gebieten, die auf der [EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke](#) stehen, keine finanzielle Unterstützung zu gewähren. Auch für Unternehmen, die wegen schwerwiegender Finanzdelikte, etwa Finanzbetrug, Korruption oder Nichtzahlung von Steuern und Sozialabgaben, verurteilt wurden, sollten Beschränkungen gelten.



© Europäische Kommission

Mit der Empfehlung werden den Mitgliedstaaten Orientierungshilfen an die Hand gegeben, wie sie finanzielle Unterstützungsmaßnahmen gestalten sollten, um die missbräuchliche Verwendung öffentlicher Mittel zu verhindern und die Schutzmechanismen gegen Steuermisbrauch in der gesamten EU zu stärken. Wenn die Mitgliedstaaten die Beschränkungen in Bezug auf die finanzielle Unterstützung untereinander abstimmen, würden zudem Inkongruenzen und Verzerrungen im Binnenmarkt verhindert.

Die Mitgliedstaaten können selbst darüber entscheiden, ob sie finanzielle Unterstützung gewähren wollen, und Maßnahmen konzipieren, die mit den EU-Vorschriften wie etwa den Beihilfenvorschriften sowie ihren politischen Zielen im Einklang stehen.

Und schließlich sollten die Mitgliedstaaten die Kommission im Einklang mit den EU-Grundsätzen des verantwortungsvollen Handelns über die Maßnahmen unterrichten, die sie ergreifen werden, um der Empfehlung nachzukommen. Die Kommission wird innerhalb von drei Jahren einen Bericht über die Auswirkungen dieser Empfehlung veröffentlichen. • fs
Quelle: PM KOM

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Rat nimmt befristete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Europäischen Bürgerinitiative an

Der Rat hat am 14. Juli eine Verordnung zur Verlängerung mehrerer Fristen im Zusammenhang mit der Europäischen Bürgerinitiative aufgrund der COVID-19-Pandemie



angenommen. Die befristeten Maßnahmen, die bis Ende 2022 gelten, geben den Organisatoren von Initiativen mehr Zeit, Unterstützungsbekundungen zu sammeln, um die erforderliche Schwelle von einer Million Unterschriften aus der gesamten EU zu erreichen. Für die Initiativen, die am 11. März 2020, als die Weltgesundheitsorganisation eine weltweite COVID-19-Pandemie ankündigte, im Gange waren, wird die einjährige Sammelfrist um bis zu sechs Monate verlängert. Für die Initiativen, die zwischen dem 11. März und dem 11. September mit dem Sammeln von Unterschriften begonnen haben, läuft der Sammelzeitraum bis zum 11. September 2021. Die Kommission kann den Sammelzeitraum für Initiativen, falls erforderlich aufgrund von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit im Zusammenhang mit COVID-19, auf insgesamt höchstens zwei Jahre verlängern.

Darüber hinaus sieht die Verordnung eine Verlängerung der Fristen für die Überprüfung von Unterschriften in den Mitgliedstaaten und für die Prüfung erfolgreicher Initiativen durch die EU-Institutionen vor. Wenn die Initiativorganisatoren dem zustimmen, können sie aus der Ferne an Sitzungen mit der Kommission und dem Europäischen Parlament sowie an der öffentlichen Anhörung zu ihrer Initiative teilnehmen. Bei Initiativen, bei denen die Erhebungs-, Überprüfungs- oder Prüfungsfrist nach dem 11. März endete, werden die Fristen rückwirkend verlängert. • *fs Quelle: PM Rat*

Weiter Informationen finden Sie [hier](#).

Parlament will Entwicklung von COVID-19-Impfstoffen beschleunigen

Das Parlament hat am 10. Juli mit 505 Stimmen bei 67 Gegenstimmen und 109 Enthaltungen im Dringlichkeitsverfahren eine neue Verordnung verabschiedet, die eine schnellere Entwicklung von COVID-19-Impfstoffen und Behandlungen ermöglicht.

Die Entwicklung und Bereitstellung eines wirksamen und sicheren Impfstoffs gegen das Virus ist die wahrscheinlichste dauerhafte Lösung, um die Pandemie zu stoppen. Zu diesem Zweck hat die Kommission eine EU-Impfstoffstrategie für COVID-19 einschließlich einer vorübergehenden und strikt auf COVID-19 bezogene Ausnahmen von bestimmten Regeln für klinische Studien vorgeschlagen.

Klinische Studien für COVID-19-Impfstoffe vor der Zulassung nehmen viel Zeit in Anspruch, da sie in mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt werden müssen, um die Repräsentativität für die Bevölkerungsgruppen, für die die Impfstoffe bestimmt sind, sicherzustellen und belastbare und schlüssige Daten zu COVID-19-Impfstoffen zu sammeln.

Einige COVID-19-Impfstoffe und Behandlungen, die bereits entwickelt werden, können unter die Definition von genetisch veränderten Organismen (GVO) fallen und unterliegen somit den einschlägigen EU-Rechtsvorschriften. Hinsichtlich der nationalen Anforderungen und



Verfahren zur Umsetzung der GVO-Richtlinien zur Bewertung der Umweltrisiken klinischer Prüfungen von Arzneimitteln, die GVO enthalten oder aus diesen bestehen, gibt es große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Deshalb ist eine Abweichung von diesen Vorschriften erforderlich, um erhebliche Verzögerungen bei der Entwicklung lebensrettender Impfstoffe und Behandlungen zu vermeiden.

Die Kommission hatte diesen Vorschlag am 17. Juni angenommen. Das Europäische Parlament hat am 10. Juli für den Verordnungsvorschlag gestimmt. Die Verordnung wird am 17. Juli im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt am folgenden Tag in Kraft. • *fs Quelle: PM EP/Rat*

Weiter Informationen:

[Pressemitteilung des Parlamentes](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Verordnung](#)

Parlament will eine Europäische Gesundheitsunion

Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Rolle der EU im Bereich der Gesundheit umfassend zu stärken. Das unterstreichen die Abgeordneten in einer Entschließung. In der Resolution, die am Freitag mit 526 Stimmen bei 105 Gegenstimmen und 50 Enthaltungen angenommen wurde, legt das Europäische Parlament die Grundsätze der künftigen Strategie der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der COVID-19-Pandemie dar.

Die Abgeordneten fordern die EU und die Mitgliedstaaten auf, die richtigen Lehren aus der COVID-19-Krise zu ziehen und im Bereich der Gesundheit deutlich stärker zusammenzuarbeiten, um eine Europäische Gesundheitsunion zu schaffen. Dazu sollten gemeinsame Mindeststandards für eine hochwertige Gesundheitsversorgung gehören, die auf dringend notwendigen Stresstests der Gesundheitssysteme der Mitgliedsstaaten basieren, um sicherzugehen, dass die EU-Länder für ein etwaiges Wiedererstarken von COVID-19 und für etwaige künftige Gesundheitskrisen gerüstet sind.

Die Resolution fordert die rasche Schaffung eines Europäischen Gesundheitsreaktionsmechanismus (European Health Response Mechanism, EHRM), um auf alle Arten von Gesundheitskrisen durch eine bessere Koordinierung und Verwaltung der strategischen Reserve für Arzneimittel und medizinische Ausrüstung reagieren zu können. Die geplante Arzneimittelstrategie der EU muss Maßnahmen enthalten, um die Produktion wesentlicher pharmazeutischer Wirkstoffe und Arzneimittel in Europa zu steigern und die Lieferkette zu diversifizieren, damit die Versorgung und ein erschwinglicher Zugang zu jeder Zeit gewährleistet sind.



Das neue, mit 9,4 Milliarden Euro ausgestattete Programm „[EU4Health](#)“ wird ausdrücklich begrüßt, und die Abgeordneten sind der Ansicht, dass langfristige Investitionen und Verpflichtungen erforderlich sind. Sie fordern die Einrichtung eines speziellen EU-Fonds zur Stärkung der Krankenhausinfrastruktur und der Gesundheitsdienste. Darüber hinaus müssen die europäischen Gesundheitsagenturen [ECDC](#) und [EMA](#) sowie die gemeinsame Gesundheitsforschung gestärkt werden.

Angesichts der andauernden COVID-19-Krise bekräftigen die Abgeordneten auch ihre Forderung nach einem erschwinglichen Zugang für alle Menschen weltweit zu künftigen COVID-19-Impfstoffen und Behandlungen, sobald diese verfügbar sind. Die gemeinsamen Vergabeverfahren der EU müssen systematischer eingesetzt werden, um zu verhindern, dass die Mitgliedstaaten miteinander in Wettbewerb treten, wenn es um die öffentliche Gesundheit geht. • *fs Quelle: PM EP*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Umfrage: Für die Bewältigung der Krise braucht die EU mehr Geld

Nach einer Umfrage im Auftrag des Europäischen Parlaments, die in der zweiten Junihälfte 2020 durchgeführt wurde, wollen mehr als zwei Drittel der Befragten (68%), dass die EU bei der Bewältigung der Krise eine stärkere Rolle spielt. Mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer (56%) meint, dass die EU dafür mehr Geld braucht. Damit sollten vor allem die Pandemiefolgen im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft abgedeckt werden. Ebenfalls mehr als die Hälfte (53%) ist nach wie vor unzufrieden mit dem Ausmaß der Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten während der Coronakrise. Im Vergleich zur letzten Umfrage vom April ist das Bild jedoch besser geworden (Anstieg um 5 Prozentpunkte).

Knapp die Hälfte derjenigen, die von der Coronareaktion der EU gehört haben, ist damit zufrieden (49%). Dieser Wert liegt um durchschnittlich 7 Prozentpunkte höher als im April (42%). Er ist ein Beleg dafür, dass die Öffentlichkeit immer stärker hinter den vorgeschlagenen Maßnahmen steht, von denen viele noch nicht umgesetzt sind.

Weitere Ergebnisse der Umfrage sind:

- Die Mehrheit (53%) ist noch immer unzufrieden mit der Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.
- Die EU soll gemeinsame Instrumente zur Bewältigung von Krisen wie der Coronakrise verbessern. (68%)
- Die absolute Mehrheit (56%) der Befragten für größeren EU-Haushalt zur Bekämpfung der Coronakrise.
- Die Geldsorgen der Einzelnen sind nach wie vor erheblich. (57%)
- Weniger Unsicherheit und Angst, mehr Hoffnung und Zuversicht

Die Umfrage wurde vom 11. bis zum 29. Juni 2020 vom Meinungsforschungsinstitut Kantar unter 24 798 Befragten in allen 27 EU-Mitgliedstaaten online (in Malta und Zypern telefonisch) durchgeführt. Befragt wurden Personen von 16 bis 64 Jahren (in Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn von 16 bis 54 Jahren). Für Repräsentativität auf nationaler Ebene bürgen Quoten nach Geschlecht, Alter und Region. Die EU-Gesamtergebnisse werden nach der Bevölkerungsgröße der einzelnen untersuchten Länder gewichtet.

Die Veröffentlichung des vollständigen Berichts über diese Umfrage einschließlich aller Daten ist für Anfang September 2020 geplant. • *fs Quelle: PM EP*

Weiter Informationen finden Sie [hier](#).



Trotz Corona: Internationale Jugendangebote im Spätsommer und Herbst

Auch wenn Grenzen inzwischen wieder geöffnet werden, sind Reisen in viele Länder wegen der Corona-Pandemie immer noch nur mit Einschränkungen oder gar nicht möglich. Das europäische Jugendinformationsnetzwerk eurodesk weist darauf hin, dass aktuell freie Plätze in Sommer-Workcamps ausgeschrieben sind. Auch wer länger ins Ausland möchte, findet Angebote, die im Spätsommer und Herbst starten sollen. Alle Formate wurden an die veränderten Voraussetzungen und Hygienevorschriften angepasst. Für alle Interessierten gilt: Jugendliche müssen sehr flexibel sein, was die Länder- und Projektauswahl angeht, da dies die Chancen einer erfolgreichen Teilnahme derzeit deutlich steigert. Bei allen Angeboten können sich kurzfristig Änderungen in den Planungen ergeben. Jugendliche und ihre Eltern sollten Reisewarnungen im Blick haben und im engen Kontakt mit den Trägerorganisationen bleiben. • *ah Quelle: EU-Nachrichten KOM*

Weitere Informationen zu Auslandsaufenthalten trotz Corona finden Sie [hier](#).

EU-Justizbarometer 2020: Wirksamkeit und Zugänglichkeit der Justizsysteme der EU weiter verbessert

Die Europäische Kommission hat am 10. Juli das EU-Justizbarometer 2020 veröffentlicht, das einen vergleichenden Überblick über Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in allen EU-Mitgliedstaaten gibt. Dem diesjährigen Justizbarometer zufolge hat sich die Effizienz der Justizsysteme in einer Vielzahl von Mitgliedstaaten weiter erhöht.

Laut den Ergebnissen einer heute veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage hat die Unabhängigkeit der Justiz hingegen nach Ansicht der Bürger/innen in einer Reihe von Mitgliedstaaten weiter abgenommen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Justizbarometers 2020:

- Aufwärtstrend bei der Effizienz der Justizsysteme
- Wahrgenommene Unabhängigkeit der Justiz im Vergleich zu 2019 zurückgegangen
- Verbesserungen bei Zugänglichkeit und Geschlechtergleichstellung

Wie in den Politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin von der Leyen angekündigt, verstärkt die Kommission die Überwachung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten anhand des eigens eingeführten Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Die Ergebnisse des Justizbarometers 2020 werden in den ersten jährlichen Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit einfließen, der noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



© Europäische Kommission



24 neue Europäische Hochschulen verstärken den europäischen Bildungsraum

Europäische Hochschulen sind transnationale Allianzen von Hochschuleinrichtungen aus der gesamten EU, die sich zum Nutzen von Studierenden, Lehrenden und Gesellschaften zusammenschließen. Die Europäische Kommission hat am 9. Juli die weiteren 24 Europäischen Hochschulen vorgestellt, die zu den ersten 17 bereits 2019 ausgewählten Allianzen von Hochschuleinrichtungen hinzukommen werden. Mit der finanziellen Unterstützung aus den Programmen Erasmus+ und Horizont 2020 tragen sie zu mehr Attraktivität, Qualität, Inklusion und Digitalisierung in der europäischen Hochschulbildung bei.

An den 24 neu ausgewählten Europäischen Hochschulen, die aus 62 Bewerbungen ausgewählt wurden, sind 165 Hochschuleinrichtungen aus 26 Mitgliedstaaten und anderen Erasmus+-Programmländern beteiligt. Sie werden die Zusammenarbeit zwischen ihren Einrichtungen, ihren Studierenden und ihrem Personal vertiefen und Online- und physische Ressourcen, Kurse, Fachwissen, Daten und Infrastruktur bündeln. Eine engere Zusammenarbeit wird ihre Fähigkeit stärken, die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen sie in der Phase der Rückkehr zur Normalität und darüber hinaus konfrontiert sind. Sie wird ihnen dabei helfen, einen inklusiven ökologischen und digitalen Wandel zum Nutzen ihrer Studierenden und aller Europäerinnen und Europäer zu fördern.

Die Kommission hat kürzlich eine Umfrage unter den bereits bestehenden 17 Europäischen Hochschulen durchgeführt, die im vergangenen Jahr ausgewählt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass 96 % der Einrichtungen glauben, dass sie besser auf die Coronavirus-Pandemie vorbereitet gewesen wären, wenn ihre Europäische Hochschule bereits voll funktionsfähig gewesen wäre (sie hatten erst vor 6 bis 9 Monaten begonnen). Mehr als 60 % der Befragten sind der Ansicht, dass die Teilnahme an einer Europäischen Hochschule ihnen bereits geholfen habe, die derzeitigen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Krise zu bewältigen. Gute Beispiele hierfür sind die Einrichtung interuniversitärer Campusse, die Blended-Learning-Kurse und gemeinsame Unterrichtseinheiten anbieten, die in die Lehrpläne aller Mitgliedshochschulen integriert sind. Die Europäischen Hochschulen wollen auch das lebenslange Lernen weiter unterstützen, indem sie Lernenden aller Altersgruppen die Möglichkeit bieten, nach Abschluss von kurzen Lehrgängen oder Modulen Micro-Credentials zu erhalten. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Factsheet](#)

[Initiative „Europäische Hochschulen“](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Nächste Gewinner stehen fest

Die EU-Kommission hat am 8. Juli die Gewinnergemeinden der vierten und letzten Ausschreibung für mehr freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU), die vom 3. bis 4. Juni stattfand, veröffentlicht.



Mit einem Aufruf-Budget von 14,2 Millionen Euro wurden von der EU-Kommission 947 Gutscheine zu je 15.000 Euro an europäische Kommunen verteilt, um ein kostenloses WLAN-Netzwerk in öffentlichen Räumen einzurichten. Es gingen insgesamt über 8.600 Anträge ein. Nach einer Bewertung der Anträge hat die Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA), die für die Umsetzung des WiFi4EU-Programms zuständige Exekutivagentur der EU-Kommission, nun die Liste der siegreichen Kommunen veröffentlicht. In Deutschland profitieren über 60 Städte und Gemeinden. Sachsen-Anhalt ist diesmal im Gegensatz zu früheren Ausschreibungsrunden nicht unter den Gewinnern vertreten. •dw Quelle: KOM

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung zu den Gewinnern EN](#)

[Gewinner aus Deutschland](#)

[Fragen und Antworten zu WiFi4EU](#)

Newsroom Europa: Jugendmedienprojekt zur Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli hat Deutschland für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Danach folgen Portugal und Slowenien. Die Europäische Akademie Berlin hat dazu ein besonderes Projekt ins Leben gerufen: Junge Medienmacher aus den drei Staaten berichten über sechs Monate aus einer länderübergreifenden Perspektive über die Themen, Akteure, Prozesse und Konflikte, die mit einer Ratspräsidentschaft einhergehen. Die Ergebnisse der journalistischen Arbeiten werden fortlaufend im [Blog politikorange](#) veröffentlicht.

• ah Quelle: EU-Nachrichten KOM



Die neue DelFin-Toolbox ist online

Die erste Version der Toolbox zur Förderung des sozialen Unternehmertums in ländlichen Regionen ist nun online.

Die [DelFin-Toolbox](#) soll öffentlichen Einrichtungen und Finanzinstitutionen praktische Informationen zur Unterstützung von SE liefern. Es handelt sich um ein Online-Kompendium von Förder- und Finanzierungsinstrumenten, die auf soziale Unternehmen und deren Unterstützungsstrukturen abzielen und gleichzeitig die besonderen Bedürfnisse von Sozialunternehmern berücksichtigen. Die Toolbox unterstützt insbesondere lokale und regionale Behörden, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, weitere Organisationen zur Unterstützung von Unternehmen und Finanzinstitutionen bei der



- Entwicklung und Bereitstellung angemessener wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten,
- Förderung der Zusammenarbeit / Vernetzung,
- Verbesserung der unternehmerischen Fähigkeiten von Sozialunternehmern,
- Erfüllung von Anforderungen zur Evaluation und Überwachung.

14

Bisher umfasst die Toolbox drei Kernthemen: 1. Unterstützungsstrukturen/-dienstleistungen für Unternehmen, 2. Finanzierungsprogramme, 3. Evaluationsinstrumente.

Die Instrumente werden detailliert in Bezug auf die Phase, in der die Sozialunternehmen unterstützt werden (von Nicht-Unternehmen bis zum SE in der Wachstumsphase), auf erwartete Ergebnisse, Umsetzungsschritte, finanzielle und personelle Ressourcen, die für die Umsetzung benötigt werden, sowie Schlüsselfaktoren, die zum Erfolg führen, beschrieben. Besonderes Augenmerk wurde auf Aspekte wie die Anwendbarkeit, Anpassungsfähigkeit und Übertragbarkeit auf soziale Unternehmen und ländliche Gebiete gelegt.

Insgesamt zielt die Toolbox darauf ab, das Bewusstsein für die wichtige Rolle des sozialen Unternehmertums in ländlichen Regionen mit besonderen Transformationsherausforderungen zu stärken und wirtschaftliche und soziale Innovationen voranzutreiben.

• *Gastartikel DelFin*

Weitere Informationen:

[Interreg Central Europe Newsletter](#)

[Delfin-Toolbox](#)



Konsultation: Schutz der Ozonschicht – Überprüfung der EU-Vorschriften

Die EU-Politik setzt das Montrealer Protokoll der Vereinten Nationen über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, um und trägt zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050 bei. Sie verbietet die Einfuhr, die Ausfuhr und die Verwendung von ozonabbauenden Stoffen. Während diese Vorschriften als im Großen und Ganzen wirksam bewertet wurden, werden mit dieser Initiative Möglichkeiten für Verbesserungen geprüft, wie

- einfachere/klarere Kontrollmaßnahmen
- mehr Kohärenz mit den Zollvorschriften (die einzige Anlaufstelle („Single Window“) für Zollbehörden)
- geänderte Ausstiegsdaten für den Luftverkehr. • *fs Quelle: KOM*

Frist für die Rückmeldung: 13. Juli 2020 – 09. November 2020

Zur Konsultation gelangen Sie [hier](#).

Konsultation: Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020

Die EU-Bürger/innen genießen besondere Rechte, und es ist von entscheidender Bedeutung, dass diese auch praktisch in allen EU-Ländern eingehalten werden. Die EU setzt sich dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Prozess einzubinden, gemeinsame Werte zu fördern und Bürokratie abzubauen.

Die Kommission muss alle drei Jahre darüber berichten, wie die EU-Vorschriften über Unionsbürgerschaft und Nichtdiskriminierung angewandt wurden.

In dem Bericht für 2020 sollen

- eine Bestandsaufnahme der seit 2017 erzielten Fortschritte vorgenommen und
- Vorschläge für neue Prioritäten und künftige Maßnahmen zur Stärkung und Förderung der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte gemacht werden.

Frist für die Rückmeldung: 09. Juli 2020 – 01. Oktober 2020

Zur Konsultation gelangen Sie [hier](#).



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Zuschüsse für Medienprojekte

Medienprojekte können sich bis Ende Juli 2020 um eine Co-Finanzierung durch das Europäische Parlament bewerben. Mit bis zu 80 Prozent sollen Multimediaprojekte in den Bereichen Fernsehen, Radio, Online und Printmedien gefördert werden, die die Bürger/innen mit unparteiischen und sachlichen Informationen über das EU-Parlament versorgen. Den Zuschussempfängern wird völlige redaktionelle Freiheit eingeräumt, die eine unparteiische, ausgewogene und offene Debatte garantieren soll. Gefördert werden können zum Beispiel Fernsehshows, Radioprogramme und Projekte mit transeuropäischer Dimension. Alle Projekte sollten multimedial sein und eine Strategie für die Online-Verbreitung in der Anwendung beinhalten. Die Einreichfrist endet am 31. Juli 2020. • *ah Quelle: EU-Nachrichten KOM*

Informationen zu den Ausschreibungsunterlagen finden Sie [hier](#).

Amtsblatt der Europäischen Union

STELLENAUSSCHREIBUNG Vorsitzende (m/w) — Kennzeichen 202016TAAD15

Allgemeine Angaben:

16

Bezeichnung der Planstelle:	Vorsitzende (m/w) Kennzeichen 202016TAAD15
Funktions- und Besoldungsgruppe:	AD 15
Rechtsgrundlage:	Bedienstete/-r auf Zeit im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a (11) mit einem auf fünf Jahre befristeten Vertrag
Behörde der dienstlichen Verwendung:	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA)
Bewerbungsschluss:	23.59 Uhr MEZ am 31. August 2020
Gewünschter Dienstantritt:	1. März 2021

• *fs Quelle: Amtsblatt der EU*

Mehr dazu [hier](#).



STELLENAUSSCHREIBUNG Exekutivdirektor (m/w)- Europäische Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) — Vigo (Spanien) COM/2020/20050

Allgemeine Angaben:

Bezeichnung der Planstelle:	Vorsitzende (m/w) Kennzeichen 202016TAAD15
Funktions- und Besoldungsgruppe:	AD 14
Rechtsgrundlage:	Artikel 2 Buchstabe a der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union
Behörde der dienstlichen Verwendung:	Die Europäische Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) Dienstort ist Vigo (Spanien)
Bewerbungsschluss:	Mittwoch, der 9. September 2020, 12.00 Uhr (mittags)
Gewünschter Dienstantritt:	1. März 2021

• *fs Quelle: Amtsblatt der EU*

Mehr dazu [hier](#).



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)



Wir stehen Unternehmen zur Seite

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Gesuch Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
Forschungsgesuch Bulgarien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: erichson@magdeburg.ihk.de	<p>Bulgarisches Forschungsinstitut sucht Partner für ein Projekt zum Thema "ICT für eine widerstandsfähige und sichere Gesellschaft"</p> <p>Eine innovative bulgarische Forschungsgruppe wird als Koordinator für ein Projekt im Rahmen des Förderprogramms EIG CONCERT-Japan im Bereich der analytischen Modellierung fungieren. Es sollen sowohl die Planung von Crowdsourcing-Szenarien als auch die dynamische System-of-System-Modellierung implementiert werden. Es wird ein Partner gesucht, beispielsweise eine Universität, eine unabhängige Verwaltungseinrichtung, eine Forschungseinrichtung, eine besonders befugte Körperschaft, Körperschaften des öffentlichen Dienstes oder Unternehmen aus Japan, Deutschland, Spanien, der Tschechischen Republik oder Ungarn.</p> <p>Die Aufgaben des gesuchten Partners werden die Crowdsourcing-Unterstützung mit Experten & Fokusgruppen, die Sammlung und Verarbeitung experimenteller Daten sowie die Einrichtung einer Testumgebung mit verschiedenen Bedingungen sein.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: RDBG20200703001</p>



Forschungsgesuch Horizon 2020 Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: erichson@magdeburg.ihk.de	Forscher aus den Bereichen Informatik und Robotik gesucht Eine Forschungsgruppe einer südspanischen Universität, die sich auf intelligente mobile Robotik und Computervision spezialisiert hat, sucht Wissenschaftler aus der ganzen Welt, die sich für das MSCA Individual Fellowship interessieren (Aufruf H2020-MSCA-IF-2020). Die Forscher werden Forschungsarbeiten zu graphen-neuronalen Netzen durchführen, um Datenerfassungs- und Lernalgorithmen zu erstellen, die innerhalb des Systems des Roboters arbeiten. Gesucht wird ein einzelner Forscher beliebiger Nationalität mit einem Dokortitel oder mindestens 4 Jahren Vollzeit-Forschungserfahrung auf dem Gebiet des Projekts. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDES20200714001
Forschungsgesuch Horizon 2020 Schweiz	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: erichson@magdeburg.ihk.de	Forscher auf dem Gebiet der Hochleistungs-Datenverarbeitungsalgorithmen und der künstlichen Intelligenz gesucht Ein Schweizer Unternehmen entwickelt schnelle Datenverarbeitung mit geringerem Stromverbrauch für Betreiber in Bereichen wie Raumfahrt, Robotik und Mobilität. Für eine Forschungskoooperation wird ein Informatik-Forscher (PhD/erfahren) im Rahmen eines Individualstipendiums einer Marie-Skłodowska-Curie-Aktion gesucht. Zu den Aufgaben gehört die gründliche Forschung zur Leistung verschiedener eingebetteter Computerszenarien, einschließlich mehrerer Prozessoren, Betriebssysteme und algorithmischer Anwendungen. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDCH20200707001



<p>Forschungsgesuch</p> <p>Horizon 2020</p> <p>Italien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: erichson@magdeburg.ihk.de</p>	<p>Partner für Umweltüberwachung und Risikominderung gesucht</p> <p>Ein italienisches Unternehmen sucht einen Koordinator für eine Ausschreibung im Rahmen des EU-Förderprogramms Horizon 2020 für einen Projektvorschlag, bei dem es um Entscheidungsunterstützungssysteme zur Umweltüberwachung, Risikoprävention und Risikominderung geht. Das Unternehmen hat bereits Erfahrung mit von der EU finanzierten Projekten und ist offen für Forschungsk Kooperationen mit anderen EU-Organisationen, die sich im Rahmen des Aufrufs bewerben möchten.</p> <p>Die gesuchte Organisation (öffentlich oder privat) sollte daran interessiert sein, ein System für Ersthelfer in Waldbrand-Notfallsituationen und zur Prävention zu implementieren, mit einem Unterstützungssystem für Entscheidungsträger; darüber hinaus sollte sie bereits über Kompetenzen in der EU-Projekt Koordination verfügen.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: RDIT20200623001</p>
---	--	--

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle

Jede Woche finden Sie an dieser Stelle ein Quiz zu aktuellen europäischen Themen. Erproben Sie ihr Europa-Wissen und erfahren Sie mehr! Verantwortlich für die wöchentlich neuen spannenden und teils kuriosen Fragen sind GOEUROPE! sowie das EDIC Halle:



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt (www.goeurope-lsa.de).

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Sachsen-Anhalt/Halle (EDIC Halle) ist Ansprechpartner für alle Bürger/innen in Sachsen-Anhalt bei Fragen zur EU und organisiert darüber hinaus verschiedene thematische Veranstaltungen (www.europedirect-halle.de).



Und nun viel Spaß beim Lösen der Quizfragen dieser Woche!

Wie in allen Lebensbereichen unterscheiden sich auch in Bezug auf das „schöne Wetter“ die Geschmäcker – was für die einen schon zu heiß ist, ist für die anderen noch lange nicht warm genug. Doch welche Temperaturrekorde wurden eigentlich in Deutschland bzw. der Europäischen Union gemessen? Das erfahren Sie in den Quizfragen dieser Woche.

1. Besonders die Mittelmeerstaaten sind für ihr heißes Klima bekannt und daher ein beliebtes Urlaubsziel im Sommer. In welchem EU-Mitgliedsstaat wurde die bisher höchste Temperatur in der Europäischen Union gemessen?

- A) Griechenland
- B) Spanien
- C) Italien

2. Vor gut einem Jahr, am 25.07.2019, wurde im niedersächsischen Lingen ein neuer Hitzerekord für Deutschland erreicht. Wie heiß war es dort an diesem Tag?

- A) 40,9 °C
- B) 41,8 °C
- C) 42,6 °C

3. Vor allem in den letzten Sommern sorgten extreme Trockenheit und Hitze für Probleme in Natur und Landwirtschaft. In welchem Bundesland regnete es im vergangenen Jahr am wenigsten?

- A) Sachsen-Anhalt
- B) Thüringen
- C) Brandenburg



Lösung:

1. A) Mit 48,0 °C wurden in den griechischen Orten Athen und Eleusis am 10. Juli 1977 die seit Beginn der Wetteraufzeichnungen höchsten Temperaturen in der gesamten EU gemessen. Weitere europäische Rekordwerte waren beispielsweise 47,3 °C im Juli 2017 in Spanien sowie 46,0 °C im französischen Vérargues im Juni vergangenen Jahres. Die höchste jemals auf der Erde gemessene Lufttemperatur liegt im Übrigen bei 56,7 °C – dieser Hitzeweltrekord wurde am 10. Juli 1913 im Death Valley in Kalifornien erreicht.

Die EU-weit niedrigste Temperatur wurde Winter 1941 im schwedischen Malgövik gemessen und betrug eisige –53,0 °C.

2. C) Am 25.07.2020 gegen 17.00 Uhr wurden im niedersächsischen Lingen im Emsland 42,6 °C gemessen – so heiß war es noch nie zuvor in Deutschland. Kurze Zeit später bestätigte auch der Deutsche Wetterdienst den neuen Rekordwert seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, die bis ins späte 19. Jahrhundert reichen. In insgesamt sechs Bundesländern wurden an diesem Tag neue Hitzerekorde aufgestellt und 25 Wetterstationen meldeten Werte über 40 °C. Der zuvor gemessene Temperaturhöchstwert für Deutschland wurde im Sommer 2015 gemessen und lag bei 40,3 °C. Der neue deutsche Hitzerekord wurde im Zuge der Hitzewellen im Juni und Juli 2019 erreicht – zu dieser Zeit wurde in mehreren EU-Mitgliedsstaaten die 40°C-Marke geknackt.

3. A) Mit einer durchschnittlichen Niederschlagsmenge von 475 l/m² (475 mm) im Jahr 2019 regnete es in Sachsen-Anhalt deutschlandweit am wenigsten. Das regenreichste Bundesland war mit 980 mm das Saarland, gefolgt von Baden-Württemberg (935mm) und Bayern (845mm). Der deutschlandweite Niederschlagsdurchschnitt lag bei 730 mm. Im Gegenteil zu den Niederschlagsmengen waren die Sonnenstunden 2019 etwas ausgeglichener auf die Bundesländer verteilt: in Sachsen-Anhalt schien im Zeitraum von Juni bis August 785 Stunden die Sonne. Den meisten Sonnenschein bekamen mit 820 Sonnenstunden die Baden-Württemberger*innen ab, in Hamburg musste am häufigsten auf die Sonne verzichtet werden (660 Sonnenstunden).

Bei Fragen zu Natur und Umwelt in der Europäischen Union sowie zu weiteren europäischen Themen berät Sie das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle.

Kontaktieren Sie uns einfach unter info@europedirect-halle.de – wir helfen Ihnen gern weiter!



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartner/innen

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Florentine Stäuber (FS)	ÖA, Veranstaltungen, Besuchergruppen	...32	E-Mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat	...31	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Florentine Stäuber

Fotos

Florentine Stäuber, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.
Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlich-
keitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt
herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch
von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum
Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch
ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden
Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise
verwendet werden, die als Parteinahme der
Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen
verstanden werden könnte.

